

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 25. Mai 2009, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 20 und 21 vom 14. und 20. Mai 2009 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Leibundgut Remo
Stimmzähler	Frau Rüfenacht Andrea und Herr Gnehm Urs
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kuster Müller Beatrice, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Rascher Barbara, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rutschmann Gabriela, Schächli Evelyne, Steinmann Christine, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Damen Buser Madeleine, Caesar Priska und Reusser Gabriele, Herr Pfister Christoph
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin (ab Traktandum 3), Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Herr Schenk Roman, Stadtschreiber
Auskunftsperson	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 27. April 2009	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Neuorganisation Volksschulkommission: - Evaluation und Empfehlung an den Stadtrat - Teilrevision des Schulreglements (SchuR)	Seite	4
5. Auftrag SP-Fraktion betreffend des Schulbusangebots	Seite	6
6. Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend Erschliessungskonzept fürs Regionale Eissportzentrum Emme (Reze)	Seite	11
7. Interpellation SP-Fraktion betreffend Vergabe von Aufgaben bezüglich öffentlicher Sicherheit an private Sicherheitsdienste	Seite	13
8. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	14

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Rüfenacht Andrea durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 27. April 2009

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. April 2009.

2. Informationen des Stadtratspräsident

Stadtratspräsident Leibundgut Remo begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Beginn der nächsten Stadtratssitzung vom 22. Juni 2009 angesichts der anstehenden Geschäfte voraussichtlich etwas vorverschoben wird. Auf der Einladung zu dieser Sitzung wird der Beginn der Sitzung entsprechend hervorgehoben. Zudem wurde die Einladung zum diesjährigen Stadtratsausflug vom 14. August 2009 verteilt. Die An- und Abmeldungen werden bis Ende Juli 2009 erwartet. Der Vorsitzende ist überzeugt, dass es sich um einen interessanten Ausflug handelt. Für die Organisation wird der Präsidialdirektion sowie Frau Henzi Brigitte gedankt.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über den geplanten Spatenstich der Eissportstätte vom 3. Juli 2009 sowie das Tourismusheft Emmental. Beim Spatenstich erfolgt am Vormittag ein Presse-termin und am Nachmittag, ab zirka 16.00 Uhr wird ein kleines Dankesfest organisiert. Bei diesem Dankesfest werden alle Spender, Aktionäre, Sponsoren, weitere Beteiligte und natürlich der Gemeinderat (GR) und SR eingeladen. Am Nachmittag wird der Name der Eissportstätte bekannt gegeben. Die Einladung zum Spatenstich erfolgt zu gegebener Zeit. Der Bau erfolgt mit dem besten Gewissen, denn die Finanzierung ist definitiv gesichert. Die vom SR gesprochene Defizitgarantie wird definitiv nicht benötigt. Es war nicht so, dass ein Sponsor für die restlichen Fr. 600'000.-- bis 700'000.-- gefunden wurde, aber es sind intelligente Leute in der Verwaltung. Es wird anstatt der zwei Aktiengesellschaften (Immobilien und Betriebs AG) wird nur eine Aktiengesellschaft gegründet. Daraus ergeben sich verschiedene Vorteile wie zum Beispiel bei den Abläufen. Ein grosser Vorteil ist, dass damit die Mehrwertsteuer zurückgefordert werden kann. Das Geld, in der Grössenordnung von Fr. 500'000.-- bis 1 Mio. Franken, wird durch die Rückforderung der Mehrwertsteuer zurückerstattet, wenn nur eine Aktiengesellschaft besteht. Zurzeit ist man daran, das Dankesfest zu organisieren, die Gründung der Aktiengesellschaft voranzutreiben und gleichzeitig wurde Herr Weber Urs als erster Verwaltungsratspräsident bestimmt. Herr Weber Urs hat seine Crew aufgebaut. Der Verwaltungsrat wird definitiv gewählt, wenn dieser auch gegründet ist. Zudem informiert Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth über das Tourismusheft Emmental. Burgdorf soll die Stadt im Emmental sein und damit ein klares Bekenntnis zum Emmental ablegen. Die Standortattraktivität gewinnt, wenn die Stadt Bern in der Nähe ist, trotzdem ist die Marke Emmental wichtig. Die Stadt Burgdorf hat sich am Tourismusheft Emmental beteiligt. Die Stadt Burgdorf konnte in diesem Tourismusheft einen wesentlichen Teil bestreiten. Es handelt sich um eine gute Idee.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert über die Bauarbeiten der Schulwegsicherung Brunnmattstrasse. In der letzten Zeit hat man verschiedene Sachen gehört. Es wird nichts anderes gebaut, als das was der SR beschlossen hat. Einzig die Bauzeit hat sich geändert. Die Bauzeit wurde von 3 auf 1½ Jahre verkürzt. Dies aus bestimmten Gründen. Es kann nun auf allen Teilstücken gearbeitet werden. Die Baufirma hat die Stadt Burgdorf auf diese Möglichkeit hingewiesen. Über den Entscheid, die Bauzeit zu verkürzen, ist man froh. Dadurch bringt man auch eine bessere Qualität zustande. Die Arbeitsweise kann dadurch verbessert werden. Die Strasse muss im Mittelteil um 40 cm angehoben werden und es wäre nicht sinnvoll, vor allem auch aufwendiger, wenn diese einspurig befahren werden könnte. Der Belag kann mit der verkürzten Bauzeit in einem Mal erledigt werden. Zudem werden 1½ Jahre gewonnen. Die Anwohner wurden am 2. April 2009 informiert. Sämtliche Anwohner wurden eingeladen. Es hat sich niemand beschwert, sondern wurde eher begrüsst. Seitens der Firmen und Industrie sind keine Reklamationen eingegangen. Die Arbeiten laufen im Moment sehr gut. Am 12. Mai 2009 wurde am Morgen sowie am Abend eine Verkehrszählung durchgeführt. Gemeinderat Kummer Hugo informiert über die einzelnen Zahlen der Verkehrszählung. Es hat nie einen wesentlichen Rückstau gegeben. Der Schleichweg über Boswil wird nicht vermehrt genutzt. Beim Bahnübergang sind auch keine Aussergewöhnlichkeiten festzustellen. Es sind keine Überlastungen feststellbar und es sind auch keine Probleme vorhanden. Die Gruner- und Burgerstrasse wurden ebenfalls kontrolliert. Zur Schulwegsicherung wurde Ja gesagt und es handelt sich um ein gutes Projekt. Seitens der Anwohner und Industrie sind keine Reklamationen eingegangen. Es haben sich einzelne Personen schriftlich gemeldet und diesen wurde geantwortet.

4. Neuorganisation der Volksschulkommission:

- **Evaluation und Empfehlungen an den Stadtrat**
- **Teilrevision des Schulreglements (SchuR)**

Stadtrat Ingold Rolf, namens der GPK, orientiert, dass der SR vor rund vier Jahren das heutige Schulreglement beschlossen hat und damit die Volksschulkommission (VSK) mit 13 Mitgliedern ins Leben gerufen hat. An der GPK-Sitzung vom 7. Mai 2009 wurde der Bericht zuhanden des SR mit der Erfahrung des Einkommensmodell entgegen genommen. Von den gemachten Empfehlungen und Anträgen der VSK hat die GPK Kenntnis genommen. Gemeinderat Probst Andrea hat das Geschäft kompetent in der GPK vertreten und speziell darauf hingewiesen, dass die grosse Revision des Schulreglements noch aussteht und auf Mitte 2010 geplant ist. Aufgrund dessen ist der GR der Meinung, dass die von der VSK gemachten Anträgen verfrüht sind. Deshalb unterbreitet der GR die Anträge wie sie auf der Seite 3 vorliegen. Die GPK unterstützt grundsätzlich die Anträge, insbesondere die Reduktion der Kommissionsmitglieder von 13 auf 7. Diese Reglementsänderung unterliegt dem fakultativen Referendum. Die GPK beantragt zum Punkt 2 lediglich eine Textänderung, weil nicht ganz klar ist, ob es sich um die Stossrichtung des GR oder der VSK handelt. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Anträge 1 bis 3 mit der entsprechenden Änderung im Punkt 2 zur Annahme. Der VSK wird für den umfassenden Bericht gedankt, aber auch darauf hingewiesen, dass die Vorgabe des Artikels 23 im Schulreglement nicht eingehalten wurde. Der Bericht hätte eigentlich spätestens an der Stadtratssitzung vom Dezember 2008 vorliegen sollen.

Antrag GPK

2. Der Gemeinderat stellt sicher, dass per 1. August 2010 das überarbeitete Schulreglement in Kraft gesetzt wird.

Gemeinderat Probst Andrea teilt mit, dass es um die Teilrevision des Schulreglements geht. An der Sitzung vom 21. März 2005 hat der SR das heute gültige Schulreglement genehmigt. Damit wurde der Fusion der Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufenkommission in eine einzige Kommission mit 13 Mitgliedern zugestimmt. Diese Mitgliederzahl hat sich stark dem alten System orientiert obwohl die VSK noch operative Aufgaben übernommen hat. Der Kanton war im Sommer 2005 noch nicht soweit wie Burgdorf. In der Zwischenzeit wurde die Lehrerinnenanstellungsgesetzgebung und teilweise das Volksschulgesetz revidiert. Der Kanton hat bei dieser Revision die in Burgdorf bereits eingeführte Trennung zwischen operativer und strategischer Führung nachträglich unterstützt. Mit dem Beschluss vom März 2005 hat der SR der neuen VSK den Auftrag gegeben, bis Ende 2008 dem SR einen Bericht über seine Erfahrungen mit dem neuen Modell und entsprechende Empfehlungen abzugeben. Wie bereits festgestellt wurde, ist die Frist nicht eingehalten worden. Die VSK hatte vier Fragen zu beantworten. Braucht es zukünftig noch eine Schulkommission? Wenn ja, in welcher Rolle? Mit welchen inhaltlichen Gebieten befasst sich die VSK? Was hat die VSK für Kompetenzen? Wie hoch ist

die Anzahl der Kommissionsmitglieder? Die Fragestellung basiert auf den Empfehlungen des Kantons, welche das Papier REVOS (Teilrevision vom Volksschulgesetz) beinhaltet. In diesem Papier steht unter anderem was wesentlich ist für heute Abend. Wie können die Schulen geführt werden? Wie kann die Gemeinde entscheiden, ob sie überhaupt eine Schulkommission will oder nicht? Alle Gemeindeorganisationen sollen gleich behandelt werden und die Volksschule soll als Abteilung in das Gefüge der Gemeinde integriert werden. Neu soll eine Hierarchiestufe bei der Schulleitung mit einer hauptverantwortlichen Schulleitung umgesetzt werden. Seit Januar 2009 liegt der Bericht der VSK vor. Die VSK ist in diesem Bericht weitergegangen als es das Schulreglement verlangt hat und hat anstatt Empfehlungen bereits Anträge gemacht. Die VSK soll beibehalten werden und die Mitgliederzahl auf 7 reduziert werden. Die Aufgabenbereiche der VSK soll um die Bereiche schulergänzende Kinderbetreuung und Schulsozialarbeit, vorausgesetzt die Schulsozialarbeit bleibt bei der Bildungsdirektion, erweitert werden. Die Stelle der hauptverantwortlichen Schulleitung soll geschaffen werden und diese soll der VSK unterstellt sein. Der GR hat die Anträge der VSK diskutiert und teilt die Meinung, dass die Schulkommission beibehalten und die Mitgliederzahl auf 7 reduziert werden soll. Kontrovers waren jedoch die Meinungen betreffend der Fragestellung bei der Unterstellung der Schulleitung. Der GR ist überzeugt, dass die Schulleitung als Kaderstelle der Verwaltung, auch deren unterstellt werden soll. Deshalb ist der GR der Meinung, dass nicht über alle von der VSK eingereichten Anträgen entschieden werden soll. Es soll auf die Überarbeitung des neuen Schulreglements, welches vom Kanton per 1. August 2010 verlangt wird, gewartet werden. Deshalb schlägt der GR seine vorliegenden Anträge vor, mit Stossrichtung oder nicht.

Antrag GR

1. Die Volksschulkommission wird beibehalten. Ihre Mitgliederzahl wird per 1.8.2009 auf 7 Mitglieder festgelegt.
Der Text Artikel 8 Absatz 1 im Schulreglement lautet neu:
„Der Stadtrat wählt 7 Mitglieder der Schulkommission für eine Amtszeit von vier Jahren, welche jeweils am 31. Juli endet, und bezeichnet die Präsidentin oder den Präsidenten.“
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, per 1. August 2010 das Schulreglement in der aufgezeigten Stossrichtung vollständig zu überarbeiten.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass seinerzeit bei der Einführung der Schulkommission, man vehement für eine 13-er Kommission plädiert hat. Im Rückblick war dies auch absolut richtig. Die VSK hat viel Grundlagenarbeiten geleistet, etliche Arbeitssitzungen abgehalten und die Abnabelung der Klassenverantwortlichen zum Schulhausverantwortlichen vorbereitet. Die Schulleitungen und Lehrkräfte haben sich bei der Reorganisation des Schulreglements zum Teil etwas alleine gelassen gefühlt, weil keine direkte Ansprechperson vorhanden war. Die Zeiten haben sich nun geändert, die Grundlagearbeiten sind geleistet und die Kommission funktioniert. Die Kommission kann die strategischen und operativen Arbeiten sehr gut trennen. Auf Seiten der Schulleitung und der VSK bringt dies eine Entlastung. Es wird professioneller gearbeitet. Der Antrag der VSK auf Reduzierung der Mitgliederzahl ist richtig, vor allem auch im Hinblick darauf, dass eine breite Vertretung der Parteien gewährleistet werden kann. Mit dem Antrag des GR betreffend Einführung im Sommer 2010 hat die GFL-Fraktion ein Problem, weil die Stossrichtung nicht ganz klar ist. Die GFL-Fraktion würde dem Antrag des GR zustimmen, aber ohne die Stossrichtung. Es soll auch kein Druck aufgesetzt werden indem die Formulierung der GPK unterstützt wird. Man geht aber davon aus, dass der GR seine Arbeit rechtzeitig leisten wird.

Stadtrat Jakob Beat-U., namens der EVP-Fraktion und als Mitglieder der VSK, teilt mit, dass er an der Neuorganisation der VSK mitgearbeitet hat. Grundsätzlich wird die Verkleinerung der Mitgliederzahl von der EVP-Fraktion als angemessen angeschaut. Es gilt aber etwas zu bedenken. Keine Kommission steht derart im Fokus der Öffentlichkeit wie die VSK. Die Öffentlichkeit bedeutet hier vor allem alle verschiedenen Nationalitäten sowie alle Glaubens- und Parteienrichtungen. Leider ist es wieder einmal mehr der Fall, dass es grundsätzlich kleinere Parteien trifft. Die EVP-Fraktion wird ihren Sitz in der VSK verlieren. Dennoch sagt die EVP-Fraktion im Sinn der Notwendigkeit dieser Verkleinerung mit einem grossen Magenknurren zu. Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag der GPK ebenfalls zu.

Stadträtin Rascher Barbara, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass man einstimmig den Anträge des GR, aber auch dem Abänderungsantrag der GPK, zustimmt.

Stadtrat Haller Dieter, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass gemäss Bericht der VSK zusammengefasst drei Schlüsse gezogen werden können. Erstens, die strategische und operative Steuerung

wird getrennt, wie es das Volksschulgesetz seit einem Jahr verlangt. Zweitens, die Reduktion von 13 auf 7 Mitglieder ist vertretbar, weil es die Rolle der Schulhausverantwortlichen nicht mehr geben wird. Deshalb stimmt die SP-Fraktion dem Antrag der Reduktion zu. Und drittens sollte gleichzeitig die Rolle der Funktion der hauptverantwortlichen Schulleiterin in einer reduzierten Form gestärkt werden. Zurzeit gibt es neun Schuleinheiten. Es braucht deshalb eine Person, welche die Verantwortung übernimmt und bei Projekten, welche alle Schuleinheiten operativ betreffen, die Führung übernimmt. Die Änderungen, welche das revidierte Volksschutzgesetz betreffen, sind weitgehend erfüllt. Der Stellenwert des Empfehlungsschreiben REVOS des Kantons ist umstritten. Es handelt sich nicht um einen Gesetzestext. Der GR macht es sich ein bisschen einfach, wenn er eine Zusammenfassung des REVOS bestellt und dann beantragt, die Stossrichtung umzusetzen. Es bleiben ein paar wichtige Fragen unbeantwortet. Wie bleibt die VSK in der Bevölkerung verankert? Die Volksschule ist eine Pflichtschule und betrifft alle Leute. Deshalb braucht es bei der Steuerung ein Sensorium für Anliegen der Familien und zur Entgegennahme von Kritik und Reklamationen. Deshalb braucht es eine Auseinandersetzung um zu erfahren, wie die Verwaltung die Schule steuert. Wie geht die Anstellung von 100 bis 200 neuen Angestellten bei der Stadtverwaltung? Diese Angestellten sind zudem nach kantonalen Richtlinien angestellt. Welche Kosten werden dadurch ausgelöst, wenn diese der Stadt untergestellt werden? Stadtrat Haller Dieter, als Präsident der VSK, teilt mit, dass in dieser Stossrichtung auch offen bleibt, welche Funktion die VSK in Zukunft hat. Eine Kommission ohne Steuerungskompetenzen braucht es nicht. Bei den stadträtlichen Kommissionen hat jede in einem Bereich abschliessende Entscheidungskompetenz. In diesem Punkt geht es klar um eine Machtverschiebung von einer stadträtlichen Kommission zum GR. Das REVOS-Papier ist eine Umsetzungshilfe. Es soll sorgfältig geprüft werden wie die VSK politisch und in der Öffentlichkeit verankert werden soll. Bei Beibehaltung der Kommission soll diese aber auch Entscheidfunktion haben. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK.

Gemeinderat Probst Andrea teilt mit, dass sich der GR mit dem Antrag der GPK einverstanden erklärt. Die Zeit soll genutzt werden mit allen Beteiligten die noch offenen Fragen abzuklären.

Beschlussanträge:

1. Die Volksschulkommission wird beibehalten. Ihre Mitgliederzahl wird per 1.8.2009 auf 7 Mitglieder festgelegt.
Der Text Artikel 8 Absatz 1 im Schulreglement lautet neu:
„Der Stadtrat wählt 7 Mitglieder der Schulkommission für eine Amtszeit von vier Jahren, welche jeweils am 31. Juli endet, und bezeichnet die Präsidentin oder den Präsidenten.“
2. Der Gemeinderat stellt sicher, dass per 1. August 2010 das überarbeitete Schulreglement in Kraft gesetzt wird.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

5. Auftrag SP-Fraktion betreffend des Schulbusangebots

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass an der Sitzung vom 7. Mai 2009 der Auftrag betreffend Schulbusangebot diskutiert wurde. Vom Auftrag sind zwei Versionen vorhanden. Erstens der ursprüngliche SP-Auftrag sowie der Abänderungsantrag des GR. Seit vielen Jahren wird in Burgdorf ein Schulbustransport als freiwillige Leistung der Stadt Burgdorf angeboten. Jetzt besteht mittlerweile von Seiten des Kantons eine gesetzliche Vorgabe, dass ein Schulbus für den Transport der Schüler von Schultagesstätten der 1. bis 4. Klasse angeboten werden muss. Nach den Vorgaben des Auftragstextes sollen zusätzlich zu den gesetzlichen kantonalen Vorgaben auch Schulkinder von der 1. bis 4. Klasse gefahren werden, welche nicht im Schulhaus ihres Wohnquartiers zur Schule gehen und solche, welche einen Unterricht mit besonderen Massnahmen besuchen und dafür einen unzumutbaren Weg zurücklegen müssen. Es geht im Auftrag in beiden Versionen nicht um eine Prüfung, sondern auch um eine entsprechende Anpassung, das heisst ein klarer Ausbau des Schulbusangebots mit klarer Kostenfolge. Der GR hat seinem abgeänderten Auftragstext nur knapp zugestimmt. Der Auftrag hat für Burgdorf wieder einmal Modelcharakter. Der Auftrag ist sehr sozial, gratis für die Schüler beziehungsweise die Eltern und enthebt die Eltern im weitesten Sinn auch von der Verantwortung für den Schulweg ihres Kindes. Grundsätzlich sind die Eltern für den Schulweg verantwortlich. Dadurch entstehen einige Fragen. Ist es wirklich sinnvoll und notwendig, dass die Stadt diese Zusatzleistung anbietet? Braucht es dieses Zusatzangebot im geplanten Ausmass? Soll die

Zusatzleistung wirklich gratis sein? Soll oder müssen die Eltern ihrer Verantwortung wirklich enthoben werden? Was ist in Burgdorf überhaupt ein unzumutbarer Schulweg? Kann der Schulbusbetrieb so oder so nicht kostengünstiger organisiert werden? Sind Kosten von Fr. 170'000.-- für den Transport von 64 Schüler überhaupt adäquat? Kann sich Burgdorf diesen Service Public jetzt überhaupt noch leisten? Die Stimmbürger der Stadt Burgdorf haben vor einer Woche den Teilverkauf der Localnet AG abgelehnt. Das Tafelsilber wurde nicht verscherbelt. Die Stadt Burgdorf ist nach wie vor im Besitz des ganzen Service. Dafür ist die Finanzlage, positiv formuliert, nicht gut. In Zukunft müssen alle lernen, dass man mit Tafelsilber nicht nur ein 4-Gang-Menu, sondern auch bescheidene Diätmenüs essen kann. Auf dieser Basis hat die GPK einstimmig beschlossen, die vom GR angepassten Form dem SR zur Diskussion und Abstimmung zu empfehlen.

Gemeinderat Probst Andrea orientiert, dass am 3. November 2008 dieser Auftrag von der SP-Fraktion eingereicht wurde. Das Schulbusangebot wird in Burgdorf schon seit 30 Jahren angeboten, davon 29 Jahre freiwillig. Seit letztem Jahr ist das Angebot teilweise vom Kanton verordnet und nach vier Kriterien zu prüfen. Wer soll mit dem Schulbus gefahren werden? Wo soll man die Schüler abholen? Wann sollen die Schüler gefahren werden? Welche Fahrzeuge soll man einsetzen? Gemäss Stellungnahme des GR kommt man dem Auftrag entgegen und wird angenommen. Der Grund, warum ein Schulbus eingeführt wurde, liegt nicht an den unzumutbaren Schulwegen, sondern für die zentral und speziell durchgeführten Zusatzunterrichtseinheiten. Für den Schulweg sind grundsätzlich die Eltern verantwortlich. Bei der kantonalen Einführung der Tagesschule wurde im letzten Jahr ein Schulbusangebot obligatorisch. Der heutige Schulbusbetrieb stösst bereits jetzt an seine Kapazitätsgrenzen beim Fahrzeug und Fahrer. Aus diesem Grund wurde bereits ein zusätzlicher Schulbus angeschafft. Die Stadt Burgdorf beschäftigt zwei Schulbusfahrer, welche bereits jetzt parallel fahren. Der bisherige Schulbusbetrieb hat sich bewährt, allerdings häufen sich bereits Anfragen und Klagen der Eltern, dass die Kinder nicht im Quartier abgeholt werden. Aus diesem Grund teilt der GR die Stossrichtung des Auftrages. Ein Teil des Auftrages ist jedoch mit der Schaffung eines zweiten Buses sowie die maximal 16 Plätze bereits erfüllt. Eine Differenz sieht der GR jedoch in der zeitlichen Umsetzung sowie ein paar nicht mehr aktuelle Begriffe. Deshalb schlägt der GR einen Abänderungsantrag vor. Der finanzielle zusätzliche Aufwand wurde ebenfalls abgeklärt. Es sind mit Mehrkosten zwischen Fr. 60'000.-- und 70'000.-- zu rechnen. Der GR empfiehlt aufgrund der Ausführungen die Annahme des geänderten Auftrages. Zu den Äusserungen der GPK betreffend Modellstadt ist anzumerken, dass gegenüber vergleichbaren Gemeinden, Burgdorf absolut keine Modellstadt ist. Mit der Erweiterung des Schulbusangebots steht Burgdorf im Vergleich mit anderen Gemeinden gleichwertig da.

Antrag GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Schulbusangebot nach folgenden Kriterien zu prüfen und die notwendigen Anpassungen *so rasch als möglich, spätestens aber bis Schuljahresbeginn 2010* vorzunehmen.

1. Es sollen Schulkinder von der 1. – 4. Klasse mit dem Schulbus gefahren werden:
 - welche nicht im Schulhaus ihres Wohnquartiers zur Schule gehen
 - welche die TAGI besuchen *und einen unzumutbaren Weg zurück zu legen haben*
 - welche Unterricht in den „Besonderen Massnahmen“ besuchen *und dafür einen unzumutbaren Weg zurück zu legen haben*
2. Die zu fahrenden Schulkinder sollen in allen Quartieren an einer sicheren und zentralen Haltestelle vom Schulbus bedient werden.
3. Die Kinder sollen zu vernünftigen Zeiten gefahren werden, ohne Verschlechterung der bisherigen Praxis.
4. Wegen der Sicherheit sollen kleine Busse eingesetzt werden (max. 16 Plätze).

Stadtratspräsident Leibundgut Remo möchte von der SP-Fraktion wissen, ob sie sich dem Abänderungsantrag des GR anschliesst oder an ihrem ursprünglichem Auftragstext festhält.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass ihr Antrag zurückgezogen wird und der Abänderungsantrag des GR unterstützt wird. Mit diesem Antrag geht es nicht darum, den Schülern den Schulweg zu ersparen. Die Quartierschulhäuser liegen zentral und die Schulwege sind für die Schüler und Schülerinnen zumutbar. Die SP-Fraktion ist ganz klar dafür, dass die Kinder, wann immer möglich zu Fuss mit andern Schulkindern ihren Schulweg alleine meistern sollten und dies auch können. In den letzten 30 Jahren hat sich viel verändert. Die Volksschule hat sich gewandelt, Burgdorf ist gewachsen und der Verkehr auf den Strassen hat zugenommen. Weiter wurde mit der Einführung von Tagesschulen das bislang freiwillige Schulbusangebot in dem Sinne obligatorisch, dass die Gemeinde für den innerschulischen Transport verantwortlich ist. Das Schulbusangebot in Burgdorf wurde bisher

den neuen Umständen nie umfassend angepasst und es geht nun darum, das Versäumte nachzuholen. Vom Angebot sollen die Schulkinder von der 1. bis 4. Klasse profitieren, welche Unterricht in besonderer Massnahmen besuchen und dieser nicht im Quartiersschulhaus unterrichtet werden. Also zum Beispiel Erstklässler, welche im Choserfeld wohnen und der Einführungsklasse im Schlossmatt zugeteilt werden oder um Schüler, welche ab dem Sommer 2009 von der Kleinklasse in die Regelklasse integriert werden, aber für den Besuch ihres Spezialunterrichts in ein anderes Schulhaus wechseln müssen. Nicht jeder Schulweg oder Schulhauswechsel kann diesen Kindern in der zur Verfügung stehenden Zeit zu Fuss oder mit dem Velo zugemutet werden. Für diese Schüler brauchen wir ein Transportmittel, welches sie pünktlich und rechtzeitig zum Unterricht bringt. Es zeigte sich, dass bereits heute, also ohne Integration der Kleinklassen in die Regelklassen und ohne definitive Einführung der Blockzeiten auch bei den Einführungsklassen ab Sommer 2009, ein Bus nicht ausreicht. Aus diesem Grund wird bereits heute der orange Kadettenbus bei Bedarf zugemietet. Die Einführung von Blockzeiten auch bei den Einführungsklassen im Sommer 2009 wird dazu führen, dass um den Mittag mehr Schulkinder gefahren werden müssen. Mit nur einem Bus muss dieser 2 bis 3 Runden fahren, um alle Kinder transportieren zu können. Dies würde bedeuten, dass den Kindern in der 2. oder 3. Runde nur wenig Zeit bleibt, um am Mittag zu essen, bevor sie wieder pünktlich am Nachmittag in der Schule sein müssen. Der Bedarf an einem zweiten Schulbus ist aus Sicht der SP-Fraktion und mit Blick in die Zukunft gegeben. Als Alternative zu einem zweiten Schulbus holen die Eltern die Kinder in der Schule ab und bringen diese wieder. Ob es nun pädagogisch und ökologisch sinnvoller ist, wenn 20 Mütter oder Väter mit ihren Autos ihre Kinder in der Schule selber abholen und wieder bringen oder ob ein organisierter Schulbus das übernimmt, sei dahingestellt. Heute sind vor allem die kleinen Einführungsklässler vom ungenügend angepassten Schulbusangebot betroffen. Gerade diese Kinder sind oft noch verträumt, ängstlich und sich der Gefahren zuwenig bewusst. Deshalb können die Eltern sie nicht ohne Begleitung den Weg vom Quartier an die Hauptstrasse zur Schulbushaltestelle spazieren lassen. Für die betroffenen Eltern ist so das Schulbusangebot oft mehr belastend als entlastend. Die von der GFL-Fraktion eingebrachte Idee des Pedibus soll in diesem Falle als Ergänzung zum Schulbusangebot innerhalb des Quartiers geprüft werden. Zum Teil passiert dies bereits heute in einer analogen Art und Weise, kann aber noch verbessert werden. Es geht nicht um ein Delux-Schulbus, sondern um eine dringend nötige Verbesserung für die Sicherheit der Kinder, die Zufriedenheit der Eltern, und um unnötigen Privatverkehr während der Stosszeiten aufgrund mangelndem Platzangebot im Schulbus zu verhindern. Mit vertretbaren Mehrkosten, einem zweiten Bus und einem dritten Fahrer kann die Schulstadt Burgdorf ein Schulbusangebot bieten, welches den Kindern Sicherheit bringt sowie die Eltern und die Schulbusfahrer entlastet. Die betroffenen Eltern nehmen das ungenügende Schulbusangebot nicht als familienfreundlich wahr. Es ist für sie schlicht nicht nachvollziehbar und als Steuerzahler fühlen sie sich nicht ernst genommen. Wenn Burgdorf eine attraktive, familienfreundliche Stadt sein will, brauchen wir hier dringend eine Verbesserung. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Steuergelder hier am richtigen Ort eingesetzt werden. Der Antrag der SP-Fraktion wird zugunsten des Antrages des GR zurückgezogen. Der SR wird gebeten, diesem zuzustimmen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GFL-Fraktion als Ergänzung zum Schulbus Pedibus-Linien zu prüfen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass eine Ergänzung beantragt wird. Grundsätzlich unterstützt die GFL-Fraktion das Anliegen. Man ist aber der Meinung, dass mit der Ergänzung Abklärungen gemacht werden, ob auf gewissen Abschnitten anstatt des Schulbuses ein sogenannter Pedibus oder auch Velobus eingeführt werden soll. Beim Pedibus oder Velobus marschieren oder fahren die Kinder zu Fuss oder mit dem Velo in Gruppen und werden von einer erwachsenen Person begleitet. Der Schulweg ist in diesem Sinn keine Buslinie und kann sogar mit Haltestellen gekennzeichnet werden. Es können sogar Kinder zusteigen in das begleitete Angebot. Die Kinder werden auch praktisch darauf vorbereitet, den Schulweg später selbständig zu absolvieren. Nebst der Erziehung zur Selbständigkeit hat dieses Angebot auch den Vorteil, dass eine gesunde motorische und soziale Entwicklung gefördert wird. Schliesslich können auch Kosten gespart werden. Wenn die Eltern eingebunden werden, ist dem Grundsatz auch genüge getan, dass die Eltern eigentlich für den Schulweg verantwortlich sind. Es wäre auch denkbar und wäre ein Novum in der Schweiz, dass der Velokurier die Kinder begleiten würde. Das Pedibus-Konzept ist ein Teil des Massnahmenpaket von Emmental bewegt. Damit hätte eine Umsetzung reelle Chancen für Unterstützung durch den Lotteriefonds. Der Pedibus wurde vor ein paar Wochen von Emmental bewegt vorgestellt. Gemäss Schreiben von Regierungsrat Käser Hans-Jürg wird der Pedibus mit bis zu 40% aus dem Lotteriefonds unterstützt. Es wäre noch keine Entscheidung, wenn die Ergänzung überwiesen wird, aber es besteht die Möglichkeit eine Option offen zu halten, welche im besten Fall markante Einsparungen bedeuten kann. Der SR wird gebeten, die Ergänzung zu genehmigen.

Antrag GFL

Als Ergänzung des Schulbusangebotes soll die Einführung von Pedibus-Linien geprüft werden.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag abgelehnt wird. Die finanzpolitischen Überlegungen sind für die FDP-Fraktion nicht entscheidend gewesen, auch wenn die finanzielle Mehrbelastung der Stadtkasse beträchtlich ist. Die FDP-Fraktion ist bereit, im Bildungswesen Mehrausgaben zu tätigen, welches über das Minimum des Kantons herausgehen. Die FDP-Fraktion wird in der städtischen Bildungspolitik keinen Kurswechsel vornehmen und steht weiterhin klar für einen Bildungsstandort Burgdorf ein. Der Auftrag wird aus inhaltlichen Gründen abgelehnt. Entgegen der Meinung der Auftragsteller und des GR ist der Bedarf eines Ausbaus des Schulbusangebot in diesem Ausmass deutlich zu verneinen. Das bestehende Angebot ist nicht im Visier und ist auch nicht Gegenstand der heutigen Debatte. Zur Debatte steht aber eine massive Ausweitung des Angebots. Dies ist pädagogisch, ökologisch und bildungspolitisch falsch. Der Schulweg ist der Ort, wo Schulkinder wichtige und prägende Erfahrungen sammeln. Die Erfahrungen des Schulweges erreichen manchmal den Bildungswert einer Lektion. Es werden Eindrücke und Erfahrungen gemacht, welche überhaupt nicht zu vernachlässigen sind. Es können in der Schulpolitik immer individuelle Erfahrungen gemacht werden. Die Ausweitung des Angebots stützt dies jedoch nicht. Es gibt ein lesenswertes Papier von Meierhofer Walter, Verkehrsinstruktor, welches er zuhause der Zürcher Gemeinde Niederhasli als Einwohner verfasst hat. In diesem Papier steht, dass der Schulweg ein wichtiger Treffpunkt ist. Eine gesunde Entfaltung des Kindes erfordert die Möglichkeit sich ohne Begleitung der Eltern mit anderen Kindern zu treffen und soziale Erfahrungen zu machen. Es werden Freundschaften und Kontakte aufgebaut und gepflegt, aber auch Konflikte ausgetragen und der eigene Mut unter Beweis gestellt. Das Sozialverhalten muss ausprobiert und geübt werden. Mit der Ausweitung des Schulbusangebots geht die Schulstadt Burgdorf in die falsche Richtung. Den Kindern werden wertvolle pädagogische Erfahrungen und Möglichkeiten entzogen. Es sind auch gesundheitspolitische Überlegungen nötig sowie die ökologische Sicht muss beachtet werden. Als Stadt wird ein völlig falsches Zeichen gesetzt. Es ist befremdend, dass der GR den Auftrag der SP-Fraktion nicht einfach zur Ablehnung empfiehlt. Der gemeinderätlichen Fassung ist aber zu Gute zu halten, dass mit dem Zusatz des unzumutbaren Weges eine Einschränkung vorgesehen ist. Diese Einschränkung ist aber eigentlich entlarvend. In der Stadt Burgdorf gibt es, zumindest hinsichtlich der Länge, keine unzumutbaren Schulwege. Abgesehen von den grundsätzlichen Einwänden gegen den Schulbus muss gesagt werden, dass sich Burgdorf gegenüber anderen Gemeinden in der Region blamiert, wenn etwas anderes behauptet wird. Das bestehende Angebot der TAGI wird von der FDP-Fraktion nicht bezweifelt. Es gibt keine kantonale Vorschrift, welche verlangt, dass für das Angebot ein Schulbus notwendig ist. Die Verantwortung des Schulweges liegt in Abweichung der sonstigen Regelungen bei der Gemeinde und nicht bei den Eltern. Der Weg zur TAGI wird auch nicht als Schulweg bezeichnet. Dies ist in der Volksschulverordnung nachzulesen. Die FDP-Fraktion empfiehlt die Ablehnung des Auftrages. Stadtrat Ritter Michael ergänzt als persönliche Meinung, dass über den Ergänzungsantrag der GFL-Fraktion getrennt abgestimmt werden soll.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass der Auftrag der SP-Fraktion sowie der Abänderungsantrag des GR einstimmig abgelehnt wird. Wie im Auftrag formuliert ist, macht der Kanton die Eltern für den Schulweg verantwortlich. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass dies die richtige Einstellung ist und nicht Aufgabe der Stadt ist, diese Verantwortung der Eltern zu übernehmen. Die Kinder ab 6 Jahren können den Schulweg und das Verhalten im Strassenverkehr lernen. Eltern, welche ihren Kindern dies nicht zutrauen, haben verschiedene Möglichkeiten etwas zu organisieren, wie zum Beispiel durch Begleitung von älteren Schülern oder andere Eltern. Das heutige Angebot des Schulbuses entspricht der Nachfrage. Ausserdem kann sich die Stadt in der aktuellen Finanzlage keine jährliche wiederkehrende Mehrkosten von Fr. 76'000.-- leisten. Der SVP-Fraktion ist die Formulierung des unzumutbaren Weges schwammig. Ein unzumutbarer Weg ist eine starke Ermessenssache. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion den Auftrag inklusive die Ergänzung der GFL-Fraktion ab. Die Ergänzung der GFL-Fraktion ist ebenfalls nicht Sache der Stadt, sondern Aufgabe der Eltern.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass es um Schultransporte für Schülerinnen und Schüler in speziellen Unterrichtssituationen und solche, welche nicht in ihrem Quartier zur Schule gehen können, geht. Die Aussagen von Stadtrat Ritter Michael betreffend den Erfahrungen auf dem Schulweg sind idealisierte Vorstellungen. Die Schüler erleben den Schulweg in Burgdorf ganz anders. Die Kinder marschieren auf einem 2 Meter breiten Trottoir und nebenan fahren 2-Tonnen Lastwagen vorbei. Es handelt sich um eine andere Situation. Als Eltern sorgt man sich um die Kinder auf dem Schulweg. Die EVP-Fraktion sieht grundsätzlich, dass das Bedürfnis für ein solches Angebot vorhanden ist. Es sind nicht alle Eltern in der Lage einen Fahrdienst selber zu organisieren. Für berufstätige Eltern oder Alleinerziehende ist es gar nicht so einfach und kann stressig werden. Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass das Bedürfnis vorhanden ist. Es ist klar, dass die Finanzen ein Prob-

lem darstellen. Die Erwähnung der Localnet-Abstimmung im Votum des GPK-Sprechers ist nicht ganz redlich. Die Localnet-Einnahmen wurden nirgends budgetiert. Deshalb muss man sich auf die zur Verfügung stehenden Finanzpapiere beziehen. An diesem Punkt muss überlegt werden, was man ausserordentlich finanzieren kann. Es geht um ein Promille von Mehrkosten des gesamten Budgets. In den letzten Jahren wurden immer wieder Ausgaben beschlossen, welche nicht budgetiert wurden. Über diese Ausgaben müssen nachgedacht werden. Es wäre falsch, diese Diskussion auf dem Rücken dieser Vorlage auszutragen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, informiert, dass es nicht darum geht, den faulen Schulkindern den Schulweg zu ersparen und die Erfahrungen zu verpassen, sondern um Schulkinder, welche nicht im Quartier zur Schule gehen können. Dies ist ein unzumutbarer Weg. Für solche Kinder muss die Möglichkeit bestehen, sicher und rechtzeitig zur Schule zu kommen. Der abgelehnte Localnet-Deal kann nicht bei jeder Diskussion hervorgebracht werden. Man muss eher überlegen, welche Nachtragskredite bewilligt werden sollen. Die Mitglieder, welche nicht sicher sind, ob es sich um eine gute Sache handelt oder nicht, sollen sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Stadtrat Keller Hansjörg teilt mit, dass der Auftrag nur eine Lösung sieht und zwar den Ausbau mit klarer Kostenfolge. Es gibt keine andere Wahl oder Möglichkeit. Diese Voraussetzung stört am Auftrag. Wenn gesucht wird, können andere Lösungsmöglichkeiten gefunden werden. Es gibt grundsätzliche Ideen wie das ganze anders und kostengünstiger organisiert werden könnte. Aus diesem Grund ist Stadtrat Keller Hansjörg gegen die Überweisung des Auftrages. Es ist schade, dass beim Thema Schulbus das erste Mal über die Kostenfolge und die Notwendigkeit des Schulbuses diskutiert wird. Im SR wird an jeder weiteren Sitzung ein Geschäft mit Kostenfolge traktandiert werden. Die Kosten werden in Zukunft ein Thema bleiben. Es geht auch nicht darum, dies an die Localnet-Abstimmung anzubinden, da es entschieden ist. Die Stadt Burgdorf läuft in eine schlecht finanzielle Phase hinein und jetzt muss abgeklärt werden, was wirklich nötig und was „nice to have“ ist. Es ist klar, dass der Schulbus ideal wäre, aber einerseits sind die Voten des FDP-Sprechers einleuchtend und andererseits müssen die Finanzen betrachtet werden.

Stadtrat Haller Dieter konkretisiert, dass es wirklich nicht um den gewöhnlichen Schulweg geht. Es geht um die Kinder, welche nicht im Schulhaus ihres Wohnquartiers zur Schule gehen, welche in die Einführungsklasse gehen. Diese Kinder können nicht immer im Wohnquartier eingeteilt werden. Bei der TAGI gibt es die kantonale Vorschrift, dass ein Tagesschulangebot bestehen muss. Aus organisatorischen Gründen ist die TAGI im Neumattquartier angesiedelt. Deshalb entstehen für einige Kinder einen längeren Schulweg. Wenn es in allen Quartieren eine TAGI hätte, bräuchte man den Schulbus nicht. Bei den besonderen Massnahmen geht es um unter anderem um Logopädie und zusätzlichen Unterricht. Dieser wird zentral an einem Ort angeboten. Es geht auch um das komplexe Angebot der Volksschule.

Stadtrat Bucher Theophil teilt mit, dass die nicht so offensichtlich vorliegende andere Lösung der Pedibus sein kann. Der Pedibus ist etwas ziemlich innovatives. Jedes Kind, welches mit dem Pedibus zur Schule gehen kann, entlastet den Schulbus und eventuell die Eltern sowie die Kosten. Sollte der Pedibus Kosten verursachen, könnte dies als neues Projekt bei Emmental bewegt mitfinanziert werden. 40% der Kosten könnten so mitgetragen werden. Der Pedibus wäre eine mögliche Option. Damit könnten die Eltern beim Thema Schulbus mithelfen und mitdenken.

Stadträtin Schächli Evelyne teilt mit, dass der Schulweg in der Verantwortung der Eltern liegt. Im Hinblick auf die Probleme mit dicken Kindern ersetzt der Schulweg auch zum Teil den Sport. Es kommt vor, dass Schulkinder mit dem Schulbus nach Hause transportiert werden und etwas später mit dem Velo in einen weitentfernten Sportplatz fahren. Der Schulweg ist auch eine Integrationsmassnahme. Die Schüler können auf dem Schulweg miteinander sprechen und austauschen. Im Schulbus ist es manchmal nicht einfach und zum Teil ziemlich ruppig. Es gibt viel mehr Krach und Ärger im Schulbus. Es ist möglich, dass die Eltern zusammen nach Lösungen suchen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Zudem sollte nicht immer alles dem Staat übertragen werden.

Stadtrat Keller Hansjörg findet es schade, dass die Ergänzung der GFL-Fraktion dem Auftrag angehängt ist. Die Idee ist vernünftig und absolut unterstützenswert. Der Auftrag bedeutet aber, dass geprüft und zugleich umgesetzt werden muss. Die Umsetzung ist deshalb nicht akzeptabel. Die Idee sollte wenn möglich alleine lanciert werden.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert über das vorgehen der Abstimmung. Zuerst soll abgestimmt werden, ob über die Anträge 1 bis 4 sowie die Ergänzung der GFL-Fraktion zusammen oder getrennt abgestimmt werden soll.

A b s t i m m u n g

Anträge 1 bis 4 sowie Ergänzung der GFL-Fraktion zusammen oder getrennt abstimmen.

Der Stadtrat bestimmt mit 16 zu 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen über die Anträge getrennt abzustimmen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Schulbusangebot nach folgenden Kriterien zu prüfen und die notwendigen Anpassungen *so rasch als möglich, spätestens aber bis Schuljahresbeginn 2010* vorzunehmen.

1. Es sollen Schulkinder von der 1. – 4. Klasse mit dem Schulbus gefahren werden:
 - welche nicht im Schulhaus ihres Wohnquartiers zur Schule gehen
 - welche die TAGI besuchen *und einen unzumutbaren Weg zurück zu legen haben*
 - welche Unterricht in den „Besonderen Massnahmen“ besuchen *und dafür einen unzumutbaren Weg zurück zu legen haben*
2. Die zu fahrenden Schulkinder sollen in allen Quartieren an einer sicheren und zentralen Haltestelle vom Schulbus bedient werden.
3. Die Kinder sollen zu vernünftigen Zeiten gefahren werden, ohne Verschlechterung der bisherigen Praxis.
4. Wegen der Sicherheit sollen kleine Busse eingesetzt werden (max. 16 Plätze).

Der Stadtrat lehnt die Anträge mit 14 Ja und 21 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Antrag GFL

Als Ergänzung des Schulbusangebotes soll die Einführung von Pedibus-Linien geprüft werden.

Der Stadtrat überweist mit 24 Ja und 9 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen den Antrag an den Gemeinderat.

6. Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend Erschliessungskonzept fürs Regionale Eissportzentrum Emme (Reze)

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-JF-Fraktion, dankt für die vorgängig schriftliche abgegebene Stellungnahme des GR. Zur Frage 3 ist zu bemerken, dass sich der Schwerpunkt dieser Frage nicht auf die Koordination der Sanierung Ortsdurchfahrt mit dem Reze bezieht, sondern wie es sich für die schwächsten Verkehrsteilnehmer wie Velofahrende und Fussgänger verhält.

Gemeinderat Kolb Martin verweist auf die schriftliche Stellungnahme. Aufgrund der umfassenden Fragen sind die Antworten entsprechend komplex ausgefallen, deshalb wurde die Stellungnahme schriftlich abgegeben. Weitere Bemerkungen sind nicht nötig.

Schriftliche Stellungnahme des GR:

Vorbemerkung

Die Erschliessung der Industriezone am Fabrikweg ist in der Überbauungsordnung Fabrikweg, genehmigt vom Gemeinderat im Jahr 1985, geregelt. Das Projekt des Regionalen Eissportzentrums REZE ist in der Arbeitszone A 18m zonenkonform. Das Grundstück, auf dem das REZE erstellt wird, ist damit aus baurechtlicher Sicht grundsätzlich erschlossen. Es bestand keine Veranlassung, mit dem Baugesuch gleichzeitig einen Erschliessungsplan aufzulegen.

Der Gemeinderat anerkennt aber, dass – aus Verkehrssicherheitsgründen und insbesondere für Fussgänger – für die nun vorgesehene Nutzung Anpassungen an der Erschliessung notwendig und sinnvoll sind. Das kantonale Strasseninspektorat hat in seinem Amtsbericht entsprechende zusätzliche Massnahmen gefordert, insbesondere die Erstellung einer Linksabbiegemöglichkeit auf der Kirch-

bergstrasse und die Anordnung eines Fussgängerbereichs entlang des Fabrikwegs. Da diese Auflagen in einem direkten Zusammenhang zum Umbau der Ortsdurchfahrt stehen, konnte ihre Planung erst gemeinsam mit der Detailprojektierung auf dem betroffenen Abschnitt der Ortsdurchfahrt (welche durch eine Submissionsbeschwerde bis Dezember 2008 blockiert war) in Angriff genommen werden.

Zu den einzelnen Fragen:

- 1) Welches ist der Stand in Sachen Erschliessungskonzept REZE, namentlich auch hinsichtlich Terminplan? Wann wird die interessierte Öffentlichkeit voraussichtlich über das Erschliessungskonzept orientiert?

Die Umsetzung der geplanten Massnahmen erfordert die Änderung des kantonalen Strassenplans Ortsdurchfahrt und der kommunalen Überbauungsordnung Fabrikweg. Die materiellen Anpassungen sind bekannt und die beiden Änderungsverfahren sind eingeleitet. Die interessierte Öffentlichkeit kann sich im Rahmen der bevorstehenden Mitwirkung (ca. Mai 2009) und der öffentlichen Auflage (ca. Sommer 2009) informieren. Es ist vorgesehen, die beiden Änderungsverfahren noch im Jahr 2009 abzuschliessen, so dass die Umsetzung der Massnahmen rechtzeitig auf die Betriebsaufnahme des REZE erfolgen kann.

- 2) Welche zusätzlichen Kosten zulasten Stadt wird die Erschliessung verursachen?

Der *Mehrzweckstreifen auf der Ortsdurchfahrt* wird im Zuge des ohnehin geplanten Strassenbaus realisiert; die Kostenteilung erfolgt dann auf Basis der offerierten Einheitspreise. Die Kostenpositionen zu Lasten der Stadt umfassen im Wesentlichen eine Mehrbelagsfläche von ca. 140 m², die Neupflanzung von 3 Alleebäumen und eine Sockelmauer gegen das Grundstück der Firma Obipektin (Länge ca. 60 m). Sie belaufen sich auf geschätzte Fr. 75'000. Dazu kommen die Kosten des zusätzlich erforderlichen Landerwerbs auf Seite Obipektin in der Grössenordnung von ca. Fr. 32'000.

Entlang des Fabrikwegs wird längs ein Trottoir oder zumindest ein markierter Gehwegbereich erstellt. Ab Bahnübergang bis zum REZE sind die entsprechenden Kosten in der Gesamtleistungsofferte eingerechnet. Die Kosten für die Anpassungen im ca. 35m langen Abschnitt von der Kirchbergstrasse bis zum Bahnübergang werden auf ca. Fr. 50'000. geschätzt. Sie setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Landerwerbskosten (ca. 60 m²) und den Anpassungen der Strassenfläche und Strassenabschlüsse (Bundsteine, Gartenmauer, Belagsarbeiten).

Zusätzlich ist vorgesehen, dass auf der regionalen Radwegroute entlang der Emme auf dem Abschnitt vom Fabrikweg bis zur Siedlung Neumatt eine Belagssanierung (Mergel oder Asphalt) und eine Beleuchtung erfolgt (Länge ca. 200 m).

Die Finanzierung erfolgt voraussichtlich über unterschiedliche Gefässe:

- Der Mehrzweckstreifen auf der Ortsdurchfahrt im Rahmen eines ohnehin erforderlichen Rahmenkredits für die städtischen Anteile am Ortsdurchfahrtsprojekt (Kostenstelle Produkt 2400, Verkehrsanlagen);
- Der Ausbau des Fabrikwegs bis zum Bahnübergang mittels Investitionskredit, evtl. über das jährliche Bauprogramm (Kostenstelle Produkt 2400, Verkehrsanlagen); ab Bahnübergang bis zum REZE über das Neubauprojekt.
- Die Beleuchtung und Belagsverbesserung auf dem Neumattschacheweg über die laufende Rechnung (Kostenstelle Produkt 2400, Verkehrsanlagen).

- 3) Offenbar ist die Koordination der Erschliessung mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt nicht möglich, weil das REZE eröffnet werden soll, bevor diese Sanierung stattfindet. Wie wird sichergestellt, dass in der Übergangszeit die Sicherheit namentlich schwächerer Verkehrsteilnehmer (Velo-fahrerinnen und -fahrer, Fussgängerinnen und -gänger), die das REZE besuchen, sichergestellt ist?

Hier ist die Interpellantin falsch informiert. Wir gehen davon aus, dass bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des REZE der fragliche Abschnitt der Ortsdurchfahrt umgebaut sein wird. Tatsache ist jedoch, dass sich der Umbau der gesamten Ortsdurchfahrt über mehrere Jahre erstrecken wird. Aus diesem Grund werden unter Federführung des Kantons und mit Beteiligung der Stadt eine ganze Palette von Massnahmen zum verkehrlichen „Baustellenmanagement“ geprüft und, wo geeignet, auch umgesetzt.

„Schwächeren“ Verkehrsteilnehmenden bleibt übrigens jederzeit die rückwärtige Route via Maritzstrasse – Neumatt – Pulverweg – Neumattschacheweg offen.

- 4) Konnten mit allen betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern einvernehmliche Lösungen betreffend die nötigen Landabtretungen für die Erschliessung gefunden werden, oder müssen zusätzlich Enteignungsverfahren angehoben werden?

Mit den betroffenen Grundeigentümern stehen einvernehmliche Lösungen in Aussicht oder sind bereits gefunden. Verhandelt wird zur Zeit noch mit einem privaten Liegenschaftsbesitzer. Parallel dazu wurde das Planänderungsverfahren für die bestehende Überbauungsordnung Fabrikweg eingeleitet.

- 5) Stehen die vier Einsprachen gegen das REZE (zum Teil) in Zusammenhang zur Erschliessungsproblematik? Welches ist der Stand in der Behandlung der Einsprachen, und wie sieht der weitere Zeitplan aus?

Drei Einsprachen standen u.a. im Zusammenhang mit der Erschliessung. Diese Einsprachen konnten alle einvernehmlich erledigt werden. Die vierte Einsprache hat reinen Rechtsverwahrungscharakter. Der Firma Lötcher wurde im Gegenzug zum Rückzug der Einsprache eine Fristverlängerung für die Räumung des Holzlagers bis Ende Juni 2009 zugestanden. Ein Baubeginn ist deshalb erst im Juli 2009 möglich.

Mit dem kantonalen Strasseninspektor wurde unter Leitung des Regierungsstatthalters ein Bereinigungsgespräch zum Amtsbericht durchgeführt und eine Einigung erzielt. Die Baubewilligung dürfte noch im Lauf des Monats April durch den Regierungsstatthalter erteilt werden.

Mit dem verzögerten Baubeginn (Juli statt April) kann der geplante Eröffnungstermin für das REZE (August 2010) voraussichtlich nicht eingehalten werden. U.U. muss deshalb noch ein Teil der Saison 2010/11 auf der alten KEB absolviert werden.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme zu den Punkten 1, 2, 4 und 5 befriedigt und zu Punkt 3 teilweise befriedigt.

7. Interpellation SP-Fraktion betreffend Vergabe von Aufgaben bezüglich öffentlicher Sicherheit an private Sicherheitsdienste

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, informiert, dass ausschlaggebend für die Interpellation der erwähnte Artikel im 20 Minuten war. Die Tatsache ist beängstigend und ein mulmiges Gefühl bleibt. Die SP-Fraktion steht der Übertragung von Aufgaben des Service Public an Private sehr kritisch gegenüber. Wenn es um die öffentliche Sicherheit geht, ist dies zusätzlich heikel. Das staatliche Gewaltmonopol ist ein Prinzip, an dem nicht gerüttelt werden sollte. Mit der Vergabe von Aufgaben betreffend der öffentlichen Sicherheit an private Unternehmen wird das Prinzip zumindest verwässert. Der GR ist sicher der Meinung, dass es kostengünstig ist. Die privaten Sicherheitsleute sind billiger, weil die Ausbildung und Arbeitsbedingungen schlechter sind. Dadurch leidet die Qualität und Kompetenz. Ein Angestellter der Sicherheitsfirma hat nicht mehr Rechte als ein Durchschnittsbürger und kann in schwierigen Situationen genau das machen, was alle können, die Polizei anrufen. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Polizei in gewissen Situationen die Gewaltbereitschaft erhöhen kann und mit einem niederschweligen Aufgebot diverse Schwierigkeiten verhindern kann. Die grössere Professionalität der Polizei sollte dazu führen, dass die Aufgaben erfolgreich und mit dem nötigen Fingerspitzengefühl erledigt werden können. Ob eine Übertragung des Auftrages, welche die Apollo Sicherheitsfirma erhalten hat, angesichts von Police Bern Sinn macht oder auf die Leistungen ganz verzichtet werden kann, wird sich zeigen. Die SP-Fraktion behält sich vor, je nach Stellungnahme des GR weitere Vorstösse zu diesem Thema einzureichen.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass regelmässige Kontrollen von polizeilich bekannten Plätzen, wo sich potentielle Störenfriede aufhalten, stattfindet. Diese Kontrollen finden motorisiert, zu Fuss oder als Velopatrouille statt. Der Sicherheitsdienst markiert primär Präsenz und interveniert bei Beobachtung von fehlbarem Verhalten im Rahmen der erlaubten Möglichkeiten. Bei Widerstand oder gesetzeswidrigem Verhalten wird immer die Polizei angefordert. Sicherheitsdienste arbeiten in der Regel im Stundentarif. In unserem Fall Fr. 100.-- für zwei Mitarbeiter inklusive Fahrzeug bei Freitag-, Samstag- und je nach Bedarf. Die Höhe ist jeweils abhängig von der Wetterlage und den ausserordentlichen Anlässen. Die Kosten betragen im Jahr 2007 Fr. 140'000.-- und im Jahr 2008 188'000.--. Diese Mehrkosten sind auf die Euro 08 und auf Druck der Öffentlichkeit für mehr Präsenz zu schreiben. Die Stadt Burgdorf ist infolge mangelnder eigener Ressourcen auf private Sicherheitsdienste angewiesen und macht gute Erfahrungen. Die Rapporte werden durch die Stadtpolizei und der Ressortleiterin ausgewertet. Zudem ist ein regelmässiger Informationsaustausch selbstverständlich. Ein in der Region angesiedeltes und mit den Verhältnissen vertrautes Unternehmen mit guten Referenzen hat den Auftrag erhalten. Die Politik und Bevölkerung verlangt mehr Präsenz während der Nacht, insbesondere übers Wochenende. Mit dem Beizug einer privaten Firma wird der Personalmangel der Stadtpolizei ausgeglichen. Die Stadtpolizei beschränkt sich besonders am Wochenende auf den ordentlichen Patrouillendienst mit der Kantonspolizei im ganzen Amtsbezirk. Die Stadt Burgdorf sieht keine Probleme bezüglich der Wahrnehmung von Aufgaben betreffend öffentlicher Sicherheit durch private Unternehmen. Burgdorf macht das, was zahlreiche Gemeinden im Kanton Bern und in der Region machen, nämlich die Nachfrage der Bevölkerung nach mehr Kontrolle und Präsenz und damit nach mehr Sicherheit befriedigen. Durch regelmässige Kontakte und gute Instruktion der Mitarbeitenden des privaten Unternehmens wird eine korrekte Wahrnehmung der Aufgaben sichergestellt. Die Bewaffnung von privaten Sicherheitsleuten besteht aus dem Polizeimehrzweckstock, Voraussetzung dafür ist ein Waffenerwerbsschein, und Pfefferspray, beides zum Eigenschutz, was Angehörigen privater Sicherheits-

dienste erlaubt ist. Ferner hat sich der Auftrag der Sicherheitsdienste am 8. März 2009 während der Demo ausdrücklich auf die Regelung des Verkehrs auf den Einfallstrassen nach Burgdorf beschränkt. Jeder Angehöriger des Security-Dienstes war einem Polizisten zugeteilt. Für die freien Aussagen eines Security-Angehörigen gegenüber der Medien fühlt sich der GR nicht verantwortlich. Dem GR ist die öffentliche Sicherheit wichtig und wird nach der Einführung der Einheitspolizei den Auftrag mit den Sicherheitsdiensten weiterführen.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

8. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend „Konzept Zusammenarbeit Kadettenmusik, Stadtmusik und Harmoniemusik mit der Musikschule Region Burgdorf“
- Auftrag SP-Fraktion betreffend „Informationsfluss an die Bevölkerung Burgdorf“

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass der an der letzten Stadtratssitzung eingereichte Auftrag betreffend den Localnet-Millionen zurückgezogen wird.

Stadtrat Ingold Rolf, Präsident der Sportkommission, macht auf die Sommersportwoche Burgdorf „Beweg Di“ vom 7. bis 12. Juni 2009 aufmerksam. Es war ein lang gehegter Wunsch eine Woche lang in Burgdorf den Sport gratis näher zu bringen. Der SR wird aufgemuntert und aufgefordert von diesem Angebot zu profitieren. Es soll keine Vereinswerbefahrt sein. Die Sportkommission wollte nicht bei Schweiz bewegt mitmachen, sondern ein beweg dich organisieren. Es handelt sich um ein vielfältiges Angebot. Die Sportkommission sowie die teilnehmenden Vereine würden sich über zahlreiches Interesse freuen. Es ist ein Angebot für alle, Kinder, Erwachsene und Senioren.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass für den Schlummertrunk im Hotel Stadthaus reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Burgdorf, 5. Juni 2009 / hbr

Remo Leibundgut

Brigitte Henzi